

Berichterstatterin: Bettina Jürgensen

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

Es ist noch nicht einmal ein Jahr vergangen, seit wir unsere außerordentliche Bezirksmitgliederversammlung durchführten. Der Grund für die Konferenz war die vor dem Ende der regulären Legislaturperiode stattfindende Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Wir diskutierten an diesem Tag die Frage unseres Auftretens zur Wahl, schätzten dazu natürlich die Politikentwicklung in unserem Land und Bundesland ein. Wir stellten fest das es notwendig ist auf breiter Ebene für eine andere Politik einzutreten, mit möglichst vielen BündnispartnerInnen die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegungen in den Wahlkampf hineinzutragen. Als Ergebnis unserer Diskussion traten wir nicht mit einer Kandidatur, sondern mit einem Landespolitischen Forderungsprogramm an. Dieses war nach langer Zeit wieder ein erster Schritt uns zur Landespolitik zu äußern, unsere Forderungen zu formulieren. Wir haben darin festgestellt, dass eine andere Politik nur gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften erkämpft werden kann. Das diese Entscheidung vor dem aktuellen Hintergrund und der sich weiter zuspitzenden Lage in unserer Gesellschaft richtig war und ist, müssen wir heute feststellen.

Weltweit treten in den vergangenen Wochen und Monaten verstärkt Menschen für ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben, gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Mehrheit der Bevölkerung ein. Im Januar wurden in vielen Ländern parallel zur Afghanistan-Konferenz in London, Aktionen gegen den Krieg und für einen Abzug der Truppen aus Afghanistan durchgeführt.

Und die angeblich überraschend in Afghanistan gefundenen Rohstoffvorkommen machen noch einmal mehr deutlich, weshalb es ein Interesse daran gibt, in diesem Land zu bleiben. Das Kapital will Kapital daraus schlagen und seine Macht dort sichern.

- Wir bleiben bei unserer Forderung: Bundeswehr raus aus Afghanistan – sofort!

Und wir unterstützen alle Initiativen, die das Ziel eines sofortigen Endes der Kampfhandlungen haben. So auch die aktuelle Unterschriftensammlung gegen den Krieg, die u.a. vom Bundesausschuss Friedensratschlag, der DFG-VK und dem IPPNW als ErstunterzeichnerInnen getragen wird.

Wir sehen den Widerstand auch z.B. bei dem gerade stattgefundenen G8-Treffen in Kanada, gegen den bis zu 30.000 Menschen protestierten. Wenn der Protest auf dem anderen Kontinent auch von den Medien hier wenig bis gar nicht dargestellt wird, erinnern wir uns an die Aktionen gegen dieses Gipfeltreffen der Herrschenden 2007 in Heiligendamm. Und wir können nachempfinden, welche Kraft und Mobilisierung unterschiedlichster Bewegungen, aber auch welchen Mut es kostet, solche Proteste zu organisieren und durchzuführen. Denn wir wissen dass es den Regierungschefs der G8 und des zeitgleich stattfindenden G 20-Treffens nicht nur die 19.000 Sicherheitskräfte und 730 Millionen Euro wert ist sich als „Langen Arm“ der Wirtschaftsmogule zu schützen. Gegen den Protest der Menschen werden auch Schlagstöcke eingesetzt damit am Ende in der Abschlusserklärung der G8 das Bekenntnis zu „freien und offenen Märkten“ und der weiteren „Liberalisierung von Handel und Investitionen durch den Abbau nationaler Barrieren“ steht. Und entgegen den vorher geschürten Erwartungen lässt sich keine Wende in der Politik und auf wirtschaftlicher Ebene erkennen, die eine Überwindung der Wirtschaftskrise zum Ziel hat.

Das bedeutet auch in Europa weiter gegen die Sparmaßnahmen der Regierungen zu protestieren. Griechenland gilt es besonders zu erwähnen, wenn es darum geht die Bewegung gegen die herrschenden Zustände in den kapitalistischen Ländern aufzuzeigen. Aber nicht nur dort formiert sich Widerstand. Auch in Italien, Spanien und Frankreich sind es mehr als einige Wenige, die nicht mehr gewillt sind klag- und kampflös den Abbau der in langen Kämpfen erreichten sozialen Errungenschaften hinzunehmen. Bis zu Hundertausende demonstrieren gegen eine Erhöhung des Rentenalters in Frankreich, gegen den Sparkurs der Regierung in Spanien. Denn der Kurs der Regierungen in den verschiedenen Ländern ähneln sich: gespart wird am Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, in den Ausgaben für diejenigen, die bereits aus dem Arbeitsleben herausgedrängt wurden – an Arbeitslosen, RentnerInnen usw. -, die Lebensarbeitszeit wird erhöht, die Löhne und Gehälter für Noch-Berufstätige sinken, die Ausgaben für die Lebenshaltung steigen.

Das wird selbst vom Handelsblatt in der Ausgabe vom 12.4.2010 bestätigt: „Der Aufschwung ist da aber nicht für alle“ lautet die Titelzeile von Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung. Und sie prognostiziert für das nächste Jahr zwar ein Wirtschaftswachstum und einen Aufschwung bei Investitionen, sieht aber z.B. bei der Entwicklung der Arbeitslosenquote einen Anstieg auf 8,7 % im Jahr 2011 vorher.

Nach den aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind 3,153 Millionen gleich 7,5 %

Menschen arbeitslos gemeldet. Wenn wir allerdings die mitrechnen, die in 1-EuroJobs oder anderen Maßnahmen des Arbeitsamtes geparkt werden, alle die über 58 Jahre alt sind, alle kranken Arbeitslosen und diejenigen die durch private Arbeitsvermittler „betreut“ werden, dann sind es im Juni 4,3 Millionen Arbeitslose. Und dazu kommen noch diejenigen, die aufgrund einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft keinen Anspruch auf Unterstützung haben, da der Partner/die Partnerin oder die Kinder angeblich genug verdienen. Und es gibt auch die Menschen, die nicht bei den ARG`en ihr Leben und ihr Konto offenbaren wollen für wenig Geld, ständig unter Druck gesetzt.

Viele dieser derart ausgegrenzten melden sich – aufgrund ohnehin fehlender Unterstützung – nicht einmal mehr arbeitssuchend. Diese Menschen erscheinen in keiner Statistik, sondern werden wie z.B. früher eine angeblich “typische Hausfrau“ angesehen, die nie gearbeitet hat und es auch nicht möchte.

Auch diejenigen, die von dem Lohn ihrer Arbeit nicht leben können und so gezwungen sind entweder mehrere Jobs anzunehmen oder aber zusätzliche soziale Leistungen in Anspruch nehmen müssen, werden in den Zahlen nicht wiedergegeben. Fakt ist auch: Das Statistische Bundesamt hat für 2009 ermittelt, dass 8,6 Millionen Menschen Arbeit oder mehr Arbeitsstunden wünschen, weil sie nur stundenweise beschäftigt sind.

Aber mit den offiziellen Zahlen der Agentur soll uns weisgemacht werden, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, dass es aufwärts geht und - wenn wir nur lange und fest genug daran glauben - es sich schon alles zum Guten wenden wird.

Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

in der Wirklichkeit der Mehrheit der Bevölkerung sind die Regierenden und ihre Helfer nicht, die uns solche Versprechungen machen und die Wahrheit verdrehen, verschweigen und uns sogar belügen. Die Wirklichkeit der meisten Menschen sieht da schon etwas grauer aus.

Keine Arbeit, zu wenig Lohn und Gehalt, kein Geld um seine Krankheiten entsprechend der Notwendigkeit auszukurieren, geschweige denn eine zuzahlungspflichtige Vorsorge zu bezahlen. Kein Geld, sich oder seinen Kindern eine gute Bildung zu finanzieren, kein Geld für eine entspannende Freizeitgestaltung mit Sport, Kultur und Bildung.

Und das sind nur einige Punkte, an denen es fehlt.

Aber sie machen schon deutlich, dass die Forderung nach einem Mindestlohn, wie er auch auf dem im Mai stattgefundenen DGB-Kongress formuliert wurde, wichtiger denn je ist, um zumindest bei

den sich immer weiter verbreitenden Minijobs zu Hungerlöhnen ein kleinstes Teilchen von angemessenem überlebensfähigem Lohn – einen Mindestlohn eben – zu erhalten.

Gerecht und Gerechtigkeit ist das dann immer noch nicht. In der Auswertung des DGB-Kongresses schreibt Detlef Esslinger in der Süddeutschen Zeitung am 21.5.2010 „Es ist systemrelevant, ob Menschen von ihrer Arbeit leben können oder zusätzlich auf Almosen angewiesen sind“.

Dem stimmen wir zu. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass sich mit leerem Bauch nicht nur schlecht lernt, sondern auch schlecht kämpft. Klar, und auch die Arbeitszeitverkürzung dürfen wir in diesem Zusammenhang nicht vergessen zu erwähnen – denn auch wenn, wie schon gesagt, viele mehr Stunden arbeiten wollen, dann doch deshalb, weil das Geld nicht reicht.

Den Forderungen

- Für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich,
- gegen die Rente mit 67 Jahren

stimmen nicht nur gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen zu.

Doch die Zustimmung ist das Eine, das aktive Vorantreiben aus einer Forderung dann einen gesetzlichen Anspruch zu erkämpfen ist das Andere.

Und das ist es, was heute gebraucht wird. Wenn alle die,

- die nicht einverstanden sind mit der Umverteilung von unten nach oben,
- die nicht mehr die Zeche für die Verursacher dieser Krise zahlen wollen

ihren Protest auf die Straße tragen würden, könnten wir schon eine andere, eine kämpferischere Situation in unserem Land vorfinden.

Über die Frage weshalb diese Proteste sich bisher noch nicht stärker formiert haben, können und sollten wir diskutieren. Mindestens genauso wichtig ist es, sofort daran mitzuwirken dass sich mehr Protest entwickelt als bisher.

Denn einiges bewegt sich schließlich schon. Auch in dem Land BRD und auch in Schleswig-Holstein.

Im Mai wurde in Schleswig-Holstein eines der bisher größten Sparpakete von einer Landesregierung beschlossen und der Ministerpräsident Peter – Harry Carstensen, rühmte sich „dass wir die ersten sind, die begriffen haben, was zu tun ist“. Sein Wunsch, mit diesem

Sparprogramm Zeichen zu setzen für andere Landesregierungen und auch den Bund ging auf: in den letzten Wochen werden der Bevölkerung von allen Seiten solche oder ähnliche Programme auf den Tisch gelegt.

Nicht aufgegangen ist die wohl von der CDU/FDP-Regierung damit verknüpfte Hoffnung auf ein Schulterzucken der den „Gürtel-enger-schnallenden“ Bevölkerung nach dem Motto:

„da können wir eben nichts machen – die da oben wissen schon was sie tun“ .

Schon vorher geplant, darum aber nicht weniger beachtenswert fanden die Aktionen für eine bessere Bildung statt. Immerhin gingen bei dem Bildungsstreik in Kiel und Lübeck im Juni ca. 2500 SchülerInnen auf die Straße und forderten u.a. ein Bildungssystem in dem Bildung nicht abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern, gegen Studiengebühren, die Schulen auf einen technischen und baulichen Stand zu bringen, der der heutigen Zeit entspricht und sie fordern längeres gemeinsames Lernen. Eine Forderung durchaus sehr aktuell ist, die angesichts der Tatsache, dass es ab August 2010 in Schleswig-Holstein keine Gesamtschulen mehr geben wird. Nach der Bildung der Regionalschulen – in denen nun Haupt- und Realschulen zusammengefasst sind – werden jetzt aus den Gesamtschulen die Gemeinschaftsschulen. Wer meint nur der Name dieser Schule ändert sich, liegt leider falsch. Der Schulleiter der Integrierten Gesamtschule Brachenfeld in Neumünster hat auf eine Veranstaltung vor 400 ElternvertreterInnen und Lehrkräften erklärt: “Der Topf Gemeinschaftsschule ist kein integrierendes Schulsystem wie das der Gesamtschulen.“ Und weiter stellte er fest, dass die Landesregierung mit ihrer Umstrukturierung nichts anderes als „ein billiges Schulsystem mit undurchschaubaren Strukturen“ schafft.

Lehrkräfte an den Gesamtschulen im Land sehen auch eine Gefahr für die gymnasiale Oberstufe, die an diesen Schulen durch bereits stattgefundenen und weiter geplanten Personalabbau in Frage steht. Von der Elternvertreterin wurde sogar die Vermutung geäußert, das es von langer Hand geplant werde, die Oberstufen zu einem eigenen Schulsystem zusammenzufassen. Fakt ist: mit den Veränderungen im Bildungsbereich und den zusätzlichen Sparmaßnahmen beginnend mit weniger Lehrkräften über der Schließung von Fachbereichen an Universitäten – besonders die Unis Flensburg und Lübeck – wird Bildung kaputtgespart. Der Trend zu Bildungseinrichtungen, die von Firmen nicht nur bezahlt, sondern auch betrieben werden incl. der Ausrichtung des dort zu Lernenden, als auch der Anbindung an die zahlenden Betriebe wird so weiter gefördert. Auch der Ausbau der Privatschulen scheint gesichert – allerdings sind diese nur für die Kinder und Jugendlichen zugänglich, deren Eltern die Kosten aufbringen können. Da können wir die Zeile aus dem bekannten Baggerführer Willibald leicht verändern: „...die Schule ist zu teuer, kost´ 700 Eier, wer arm ist darf nicht rein – gemein!“

Doch das die Sache zu ernst ist, um nur mit Kinderliedern zu antworten haben auch die Lehrkräfte erkannt und sind am 3.6. mit über 3000 Menschen dem von der GEW organisierten Streikaufruf gefolgt. Im Interesse einer besseren Bildung! Zu erwähnen ist dabei die Teilnahme auch von verbeamteten Lehrkräften. Es kann ein wichtiges Signal sein, wenn Beamte streiken – bisher fast undenkbar, da doch viele immer noch der Meinung sind, wer so sein Geld verdient, hat nicht zu klagen.

Sollte das Kultusministerium seine Drohungen wahr machen und Disziplinarverfahren in Gang setzen, brauchen diese KollegInnen unsere Solidarität.

Weitere Proteste gab es von Sozialverbänden.

Das Blindengeld soll um die Hälfte gekürzt werden – dagegen gingen Blinde und Sehbehinderte vor den Landtag und demonstrierten mit 200 TeilnehmerInnen.

Den größten Zug von Demonstrierenden seit 30 Jahren erlebte die Landeshauptstadt Kiel am 16. Juni 2010: es waren über 14.000, die sich gegen den Sparkurs aussprachen. An diesem Tag fand auch die Lesung zu den Sparmaßnahmen im Landtag statt. Hier blieb der Protest nicht vor den Türen zum Landtag stecken, er fand auch auf der BesucherInnentribüne statt. GenossInnen von SDAJ und DKP Kiel entrollten ein Transparent mit der Losung:

- „Die Krise hat einen Namen : Kapitalismus - Die Reichen sollen zahlen“.

Zwei Mitglieder der Fraktion Die Linke trugen T-Shirts mit dem Slogan „Ich kämpfe für die UNI Lübeck“.

Unseren GenossInnen auf der Tribüne erklärte Carstensen: „Der nächste Flug nach Cuba geht in dreieinhalb Stunden.“ Sicher würden unsere GenossInnen die Einladung zum Flug auf die sozialistische Insel annehmen, wenn diese dann nicht den Sparmaßnahmen des Ministerpräsidenten zum Opfer fällt.

Am Folgetag waren wiederum Demonstrierende vor dem Landtag. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte seine Mitglieder aufgerufen und 3000 kamen.

Um in der Aufzählung zu bleiben: es demonstrierten in Flensburg und in Nordfriesland/Schleswig/Eckernförde insgesamt ca. 4000 Menschen gegen die Sparmaßnahmen für die Schulen der dänischen Minderheit.

Allein diese genannten Aktionen wurden also von fast 30.000 Menschen aus Schleswig-Holstein seit der Verkündung des Sparkonzepts Ende Mai durch die CDU und FDP durchgeführt.

Weitere Aktionen z.B. gegen die Einsparungen im Kulturbereich sind geplant.

Die Privatisierungspläne für das UNI-Klinikum in Kiel und Lübeck ließen die Kolleginnen und Kollegen den Protest am 16.6. mittragen.

Es wurde also geschafft einen breiten und großen Protest zu organisieren. Nicht nur StudentInnen und das Personal der Bildungseinrichtungen wehren sich, auch z.B. die Lübecker Bürgerschaft hat sich dem Protest angeschlossen. Viele sagen: die Bürgerschaft und Firmen aus Lübeck mobilisieren und zahlen verschiedenste Formen von Protest. Angefangen von Bürgerschaftssitzungen vor dem Landeshaus in Kiel, über die Anfahrt zur Demo am 16.6. bis hin zu Flugzeugen, die über die Kieler Woche die Losungen zum Erhalt der UNI in Lübeck flogen. Die noch vor einigen Jahren regelmäßig stattfindenden politischen Proteste bei der Eröffnung der Kieler Woche wurden in diesem Jahr wieder massen- und medienwirksam umgesetzt und mit einem gellenden Pfeifkonzert wurde Redner Carstensen für alle hörbar wegen des Sparhaushalts ausgepiffen.

Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

noch wird der Protest von einzelnen Gruppen und direkt Betroffenen getragen.

Wir brauchen aber noch viel mehr an Protest, vor allen Dingen den gemeinsam organisierten.

Woran es noch fehlt ist, den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze in den Betrieben stärker zu entwickeln. Beispielhaft war die Besetzung durch die 160 Beschäftigten des Maschinenbaubetriebs Affeldt GmbH. Durch die Betriebsbesetzung wurde verhindert, dass Gerätschaften und Maschinen für Verpackungsanlagen abtransportiert wurden. Affeldt wurde letztlich von AMS übernommen, der Betrieb läuft weiter. Wir beglückwünschen die Belegschaft zu diesem Erfolg.

Die Lindenau-Werft in Kiel, die seit einiger Zeit durch einen Insolvenzverwalter geführt wird, hatte einen neuen Auftrag von einer Reederei erhalten. Werften müssen die Kosten für den Schiffbau in der Regel vorschießen – sie erhalten das Geld der Auftraggeber erst nach Fertigstellung. Eine für diese Zwischenfinanzierung zuständige Bank ist die HSH Nordbank. Wir erinnern uns: sie wurde mit Steuermitteln der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein überhaupt am Leben gehalten. Diese Bank verweigerte nun zunächst das Geld für die Lindenau-Werft, die sofort ihre Tore hätte schließen können. Letzten Endes steht nun der Auftrag und die Finanzierung, fast die Hälfte der Belegschaft wurde aber entlassen. Die Frage der Restbelegschaft ist jetzt, ob und wie sie überhaupt

mit diesem geringen Personalstand diesen Auftrag bis April 2011 erfüllen kann.

Einige Worte auch zur größten Werft im Land, der HDW:

Von Konzernseite wird nach wie vor an dem Konzept gearbeitet, den stärkeren Ausbau des U-Boot-Baus und damit im wesentlichen des Militärschiffbaus zu forcieren. Die Kieler DKP-Gruppe hat zur HDW ein Material herausgebracht, das sich mit der Veränderung und der Zukunft dieser Werft beschäftigt. Ein wichtiger Punkt ist hierin, für den Erhalt des zivilen Schiffbaus auf der Werft zu kämpfen. Es wird festgestellt, dass eine Verstaatlichung der Werften entsprechend Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes als erster Schritt hin zur Vergesellschaftung erfolgen muss. Dadurch würden die Möglichkeiten für die Einflussnahme auf die Sicherung der Arbeitsplätze und das Produktionsprofil zunehmen, wenn gleichzeitig Druck der Gewerkschaften, der betrieblichen Interessenvertretungen und der außerparlamentarischen Bewegung auf die Politik entwickelt wird. Dass Verstaatlichungen möglich sind, zeigte die Bundesregierung im zurückliegenden Jahr am Beispiel der HRE-Bank, wo die Verluste einer maroden Bank für das Finanzkapital „sozialisiert“ wurden. Warum sollte eine derartige Maßnahme nicht auch für andere Bereiche im Sinne Tausender Beschäftigte möglich sein?

Jetzt kommt es im ersten Schritt darauf an, die Pläne für ein Ende des zivilen Schiffbaus auf der HDW zu verhindern.

Ganz besonders sind hier die Gewerkschaften gefragt Aktionen und Aktivitäten, Kämpfe und Streiks zu organisieren.

- Mit und in den Gewerkschaften muss diskutiert werden, wie der weitere Sozial- und Demokratieabbau zu verhindern ist.
- Mit und in den Gewerkschaften müssen Ideen entwickelt werden für Aktionen,
- Mit und in den Gewerkschaften müssen Vorstellungen entwickelt und diskutiert werden, wie eine lebenswerte Zukunft aussehen kann.

In den Betrieben und außerhalb der Betriebe müssen die Gewerkschaften ihrer Rolle als größter möglicher Organisator mehr als bisher gerecht werden.

Dies wird jedoch nur gelingen, wenn fortschrittliche KollegInnen in den Gewerkschaften und nicht gegen die Gewerkschaften arbeiten. Das dies ein nicht immer reibungsloser Prozess ist können die GenossInnen bestätigen, die auch schon einmal mit KollegInnen diskutiert haben, die z.B. dem CDA angehören, oder in der SPD nicht unbedingt die Politik des linken Flügels vertreten. Trotz allem sind auch diese Diskussionen unerlässlich, wenn wir die KollegInnen erreichen wollen, die

vielleicht auch was ändern möchten und noch MitstreiterInnen suchen.

Wir machen auch in unserem Bundesland die Feststellung: wenn sich die Gewerkschaften mehr in die außerparlamentarische Bewegung einbringen, verlaufen Aktionen erfolgreicher. Und – auch das ist nicht zu vergessen – sie werden auch in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen. In vielen Städten unseres Landes sind es inzwischen auch die Gewerkschaften, die in noch unterschiedlicher Form, z.B. auch antifaschistische Arbeit unterstützen oder selbst Aussagen dazu machen. Die Angst von einigen AntifaschistInnen, die Gewerkschaft könnte die Antifa-Bewegung vereinnahmen ist dann unbegründet, wenn die TeilnehmerInnen der Bewegung selbst in den Gewerkschaften aktiv sind. Sehr gute Erfahrung gibt in Kiel durch die Arbeit des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus-Kiel. Durch Initiative der IG-Metall 2000 gegründet, arbeitet das Bündnis bewusst mit allen, die gegen die Nazis aktiv werden wollen. Dabei gibt es nicht nur Übereinstimmung mit den Funktionsträgern in den Gewerkschaften, aber die Debatte über das was möglich, was notwendig ist zu tun, wird solidarisch geführt. Über den Punkt, dass so in den Gewerkschaften diese Frage eine stärkere Rolle spielt, dürfen wir auch den mobilisierenden Charakter nicht unterschätzen.

Noch mehr muss das Problem der Rechtsentwicklung in unserem Land, das Auftreten der Nazis und den Möglichkeiten ihnen Einhalt zu gebieten auch in den Betrieben, bei Betriebsversammlungen und in den Sitzungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten eine Rolle spielen.

Auch andere Fragen der außerparlamentarischen Bewegungen können über die Thematisierung in den Gewerkschaften stärker diskutiert und mehr Rückhalt bekommen.

Die Menschenkette gegen die Verlängerung der Laufzeit der AKW wäre nicht erfolgreich gewesen, wenn nicht DGB und Einzelgewerkschaften mobilisiert hätten und auch das organisatorische Rückgrat für diese Bewegung geschaffen hätten.

Sicher: einige Fragen werden jetzt angegangen, weil auch die immer noch mit der Gewerkschaft eng verflochtene SPD sowie die Grünen im Bund, sowie bei uns in Schleswig-Holstein in der Opposition sind. Da lässt sich auch für manchen Sozialdemokraten, der noch vor zwei Jahren aus Rücksicht auf seine Regierung lieber ruhig blieb, einiges offener sagen.

Doch daraus ergeben sich dann vielleicht auch über die Gewerkschaftsarbeit hinaus neue Möglichkeiten Gespräche zu entwickeln und in der einen oder anderen Frage gemeinsam mit SozialdemokratInnen in die Aktion zu kommen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat zu Demonstrationen am 29.9. aufgerufen, ver.di macht

eine Aktionswoche vom 25. - 30. Oktober, die vor allem auf örtliche dezentrale Aktionen orientiert, die IG Metall-Aktionswoche findet im November statt.

Wir sind aufgefordert diese Aktionen zu unterstützen, dafür zu mobilisieren.

Nur wenn wir gemeinsam mit anderen aktiv werden, können wir die Entwicklung des Massenbewusstseins in die Richtung zu mehr Klassenbewusstsein fördern.

Bedeutend wird es sein, wie es gelingt bei den anstehenden Aktivitäten tatsächlich die Menschen in Bewegung für ihre Rechte zu bringen. Dazu sind auch gerade dezentrale Aktionen wichtig. Hier werden die ganz konkreten Probleme direkt vor der Haustür angesprochen. Aber hier kann sich auch in die Vorbereitung und Organisation von Aktionen jede und jeder einbringen mit Ideen und mit Tat.

Auch deshalb ist der Vorschlag, u.a. von Mitgliedern aus der attac-Gruppe Kiel, einen gemeinsamen Aktionstag zur ersten Lesung des Landeshaushalts vom 8.-10. September 2010 durchzuführen goldrichtig. Unter dem Motto „Wir sparen nicht für eure Krise – Schleswig-Holstein für Alle“ liegt ein Aufruf vor, der sich mit dem Sparhaushalt beschäftigt und zum gemeinsamen Handeln aufruft. Es geht darum mit verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen in Aktion zu kommen. Auch wir haben schon lange eingeschätzt: wir müssen breite Bündnisse schaffen, die dann in einem Netzwerk gemeinsam aktiv werden. Wir schlagen der Bezirksmitgliederversammlung vor, sich an der Vorbereitung dieser Aktivitäten zu beteiligen. Wir gehen davon aus, dass dieses schleswig-holsteinische Bündnis gegen die Sparpolitik nicht nur für den Bezirksvorstand, der unsere Partei dort vertreten wird, sondern auch in den Gruppen unserer Partei bei der Umsetzung der Ergebnisse und der Planung der Aktivitäten vor Ort dann eine Rolle spielen wird. Wir gehen davon aus, dass die Mitglieder unserer Partei ein mobilisierender Faktor sein können und werden.

Lasst uns gemeinsam mit anderen rufen:

- Wir sparen nicht für eure Krise – Schleswig-Holstein für Alle!

Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

um erfolgreich zu den hier angesprochenen Aktivitäten beizutragen, müssen bestimmte Voraussetzungen in unserer Partei geschaffen sein.

Als Kommunistinnen und Kommunisten wissen wir um den Wert der Organisation. Deshalb sind wir Mitglieder der DKP und deshalb sind wir in Gruppen organisiert. Hier finden wir nicht

Gleichgesinnte, die sich für das gemeinsame Ziel einer anderen Gesellschaftsordnung einsetzen. In den Gruppen werden Aktionen vorbereitet, es wird diskutiert wie wir unseren Möglichkeiten entsprechend zur Entwicklung von Bewußtsein beitragen können. Es wird in diesen Diskussionen solidarisch gestritten um Positionen.

In der Parteitagsvorbereitung sollte auf den Gruppenabenden u.a. auch über die bereits veröffentlichten und zur Diskussion gestellten Anträge beraten werden. In Gesprächen mit GenossInnen wird gesagt, dass die „Politische Resolution“ und das "Aktionsorientierte Forderungsprogramm Politikwechsel erkämpfen" nicht genug oder gut genug das treffen, was heute gesagt werden muss.

Deshalb,

Genossinnen und Genossen, und auch hier - liebe Gäste,

wenn wir Papiere zur Diskussion stellen, wenn wir dazu auffordern sie zu studieren und daraus Erkenntnisse zu gewinnen, und wenn wir noch dazu auffordern Änderungen in der Gruppe zu beraten, zu beschließen und als Antrag an den Parteitag zu stellen, dann ist dies durchaus ernst gemeint. Und die Gäste spreche ich hier deshalb an, weil natürlich auf unseren Gruppenabenden Gäste willkommen sind, die sich mit uns und unserer Politik befassen wollen, die sich vielleicht auch nur informieren wollen über die Arbeit der DKP. Auch Gäste haben also die Möglichkeit ihre Meinung in die Diskussion einzubringen. Bei uns wird nicht danach über Anträge entschieden, wer seine Meinung sagt, sondern wie sie begründet wird und ob sie nachvollziehbar ist, aber auch ob sie mit unserem Programm vereinbar ist. Deshalb von hier noch einmal die Aufforderung: nutzt die verbleibende Zeit und diskutiert die Anträge. Am 30.8. müssen Änderungen beim Parteivorstand eingetroffen sein – es gibt also noch einige Wochen den Parteitag in der Gruppe vorzubereiten. Auch das sei hier noch einmal gesagt, antragsberechtigt sind Bezirks-, Kreis- und Gruppenkonferenzen. Auch das spiegelt die kollektive Herangehensweise in unserer Partei wider.

Dass unsere Arbeit unter den herrschenden Bedingungen nicht immer von den Massen wahrgenommen wird, wissen wir und bedauern es oft. Das trotzdem viele nicht einfach an der DKP vorbeigehen, können wir aber auch immer wieder feststellen.

Keine Konferenz vergeht, ohne ein Hinweis darauf wie sich die Partei in der jeweiligen Region oder vor Ort entwickelt hat. Das soll und muss auch hier geschehen. Denn schließlich macht dies

deutlich, wie wir die Partei weiter stärken und wie wir weiter vorangehen müssen um noch aktiver, effektiver für die DKP zu werben.

Seit unserer Bezirksmitgliederversammlung im Dezember 2007 haben wir 18 neue Genossinnen und Genossen in unsere Partei aufgenommen. Das ist nicht, wie so schön gesagt wird „Die Welt“, aber es ist eine Anzahl von zum großen Teil aktiven GenossInnen, die nicht nur dazu beitragen den Mitgliederstand um die 175 GenossInnen zu halten. Und doch reicht es nicht, wenn man wie wir, die Welt nicht nur erkennen, sondern verändern will.

Von dieser Stelle die Aufforderung an uns alle mehr Mut zu zeigen und auch die KollegInnen und BündnispartnerInnen ganz einfach mal fragen, ob er/sie nicht Mitglied bei uns werden will. Ein erster Schritt sich mit uns und unserer Politik vertraut zu machen kann da ein Abo unserer Zeitung der UZ sein. Hier kann der Originalton von KommunistInnen nachgelesen werden, hier wird informiert über Aktionen der DKP, der Gewerkschaften und aus außerparlamentarischen Bündnissen, hier findet sich auch theoretisches Wissen und Meinung, die dann wiederum auch gut und gern in die Gruppendiskussionen einfließen können.

Und dies gilt nicht nur für neue Mitglieder in lange bestehenden Gruppen, dies gilt auch für die alten und neuen Mitglieder in neuen Gruppen. Im November letzten Jahres haben wir eine neue Gruppe in der Region Lübeck/Ostholstein gegründet. GenossInnen dieser Gruppe sind heute hier anwesend. Kurz erwähnt werden muss, dass sich diese Gruppe zu einem Teil aus neuen Mitgliedern der DKP zusammensetzt, die früher u.a. in der Partei Die Linke aktiv waren.

Wir freuen uns über alle neuen GenossInnen!

Gleichzeitig soll an dieser Stelle aber auch gesagt werden, dass die DKP die Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke sucht und wir eher mehr denn weniger bereit sind für gemeinsame Ziele im außerparlamentarischen Kampf einzutreten. Die Partei Die Linke ist in vielen Parlamenten auch in unserem Land vertreten. In Itzehoe ist der Genosse Volker Blaschke über die Liste der Linken in den Stadtrat gerückt. Das zeigt, dass eine Zusammenarbeit zumindest auf kommunaler Ebene möglich ist. Dies sollten die Vorstände der Parteien auch auf Landesebene fortführen – die DKP ist zu Gesprächen bereit.

Die kommunistische Idee ist so aktuell und damit jung wie vor 150 Jahren. Was leider nicht bedeutet, dass die DKP – was das Durchschnittsalter der Mitglieder angeht - eine junge Partei ist. Die Jugend die heute heranwächst kennt nur diese kapitalistische Gesellschaft. Auch die Werke von Marx, Engels, Lenin sind ihnen, außer vielleicht mit einer kurzen Erwähnung im

Geschichtsunterricht, unbekannt.

Wie gehen wir zu auf die Jugendlichen in Bewegungen, in der Gewerkschaft und allen voran in der SDAJ? Inzwischen gibt es außer der Gruppe in Kiel auch SDAJ'lerInnen in Heide und in Ostholstein sowie Plön. Ganz besonders sollten wir unsere Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Jugendverband entwickeln. Dabei ist die Unterstützung der Jugendarbeit wichtig. Wir sehen nicht nur die finanzielle Hilfe, wie sie der Bezirk sie z.B. bisher in Kiel durch die Bereitstellung des Raumes im Club M leistete. Wir sehen eine Hilfe auch durch z.B. Angebote marxistischer Bildungsarbeit durch die Partei. Die Gruppe Wedel gibt mit der Durchführung der MASCH ein hervorragendes Beispiel wie junge Menschen erreicht werden können. Und wir müssen gemeinsam Aktionen vorbereiten und durchführen. Bei allem dürfen wir das Entwickeln einer eigenen, einer Jugendarbeit der DKP nicht vernachlässigen. Denn kommunistische Jugendarbeit ist mehr als die Unterstützung eines anderen Verbandes.

Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

wir haben heute morgen beschlossen den neuen Bezirksvorstand an einem 2. Tag unserer Konferenz nach dem 19. Parteitag der DKP zu wählen. Im alten Bezirksvorstand gibt es seit langem Diskussionen wie der Bezirksvorstand in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein arbeiten kann und unter den aktuellen Bedingungen arbeiten sollte. Die Frage welche Grundanforderungen es unter den veränderten politischen Bedingungen an den Bezirksvorstand gibt, wie wir sie umsetzen können, zieht sich letzten Endes seit Anfang der 90er Jahre wie ein Roter Faden durch unsere Arbeit. Immer wieder haben wir den Anspruch mit der Wirklichkeit abgeglichen, immer wieder gab es Diskussionen nicht nur im Vorstand, sondern auch mit den Gruppen, den Mitgliedern vor Ort. Ich erinnere z.B. an die Phase, als noch ein engmaschiges Anleitungssystem erwartet und gewünscht wurde, dies aber durch die neuen Bedingungen ohne hauptamtliche Kräfte so gar nicht zu realisieren war. Oder daran, dass sich der Bezirksvorstand noch vor wenigen Jahren angestrengt mühte den Gruppen jede Unterstützung nicht nur in materieller Hinsicht mit Material u.ä., sondern auch in allen Fragen personeller Art anzubieten versuchte. Dabei sind wir an unsere Grenzen gestoßen, daraus resultierend dann die Frage einer effektiveren Arbeit lange und ausgiebig diskutiert, diese Frage auch den Vorständen der Gruppen gestellt.

Wir sind gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, dass eine der Realität und unseren Kräften entsprechende Bezirksarbeit darin bestehen muss, Impulse zu geben und Diskussionsangebote auf landesweiter Ebene anzubieten und koordinierend zu wirken. Wir haben bereits vor 1 ½ Jahren begonnen mehr Aktivtagungen durchzuführen, dafür die Vorstandssitzungen im Bezirk zu reduzieren auf das Mindestmaß. Vor allen Dingen die Gruppenarbeit muss gestärkt, die Gruppen

müssen handlungsfähiger werden, sie müssen ihre eigene Arbeit nicht nur auf den Gruppenabenden, sondern auch die Öffentlichkeitsarbeit entwickeln. Dazu brauchen sie ihre GenossInnen, um in ihrem Ort aktiv zu werden, sich darüber hinaus dann an zentralen Aktionen beteiligen. Dafür wäre es kontraproduktiv, wenn wir alle Gruppen in einer übergeordneten Leitung „sammeln“ und ihre Kräfte hier binden. Der Bezirksvorstand ist in diesem Sinne kein Vertretungsorgan der Gruppenvorstände. Wir schlagen vor einen kleineren Bezirksvorstand zu wählen, der sich Schwerpunkte setzt in der Arbeit und diese für alle Gruppen nutzbar in Veranstaltungen und Aktivtagungen, in Gruppenleitertreffen umsetzt. Es werden also aus unserer Sicht nicht VertreterInnen von Gruppen vorgeschlagen, sondern GenossInnen die zu bestimmten politischen Fragen arbeiten wollen und können, die aber auch koordinierend im Bezirk wirken.

Ein Mangel ist es nach der Meinung des alten Vorstandes, das möchte ich aber auch persönlich betonen, dass es uns noch nicht gelungen ist mehr Genossinnen zu überzeugen, sich in dem bezirklichen Gremium einzubringen. Wenn wir eine andere Politik entwickeln wollen, ist die Meinung und Erfahrung, das Wissen von Genossinnen nicht nur auf der Gruppenebene nötig. Immer wieder stellen wir fest, dass Genossen wohl in der Lage sind die Welt zu erklären, auch überzeugend für ihre Ziele einzutreten. Doch die Entscheidung einer Frau, einer Genossin z.B. eine Funktion oder gar noch eine Funktion anzunehmen, wird selten durch die meist immer noch männlich dominierte Art „Politik zu machen“ unterstützt. Oft findet gerade das Gegenteil statt: durch sehr selbstbewusst und selbstverständlich auftretende und diskutierende Männer, ziehen sich Frauen zurück, nach dem Motto „der sagt das ja schon so gut, was ich meine, da braucht es meine Meinung gar nicht mehr“.

Ich höre nun die, die da sagen: aber wenn Frauen aktiv sind, dann reden sie ja auch immer und überall, repräsentieren. Das ist richtig, fällt aber auch so auf, weil es weniger Frauen gibt, die sich trauen oder es sich kräftemäßig zumuten aktiv aufzutreten – ob nun in außerparlamentarischen Bewegungen oder bei uns in der Partei. Ich möchte nun nicht enden mit einem Referat zu „Frauen in der Politik“, möchte aber darauf hinwirken, dass die Werbung von Frauen und Mädchen für unsere Partei, die Einbeziehung, und Einbindung von Genossinnen in allen Gruppen vielleicht einmal unter einem anderen Licht diskutiert wird. Was bitte nicht bedeuten soll, dass sich nun die Genossen zurückziehen.

Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

zusammenfassend möchte ich feststellen, dass wir Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP sehr wohl die Möglichkeiten und Chancen erkennen, durch unseren aktiven Beitrag in den außerparlamentarischen Bewegungen liegen, zu einem Politikwechsel beizutragen. Möglich ist es,

dass es in der Bundesrepublik zu einem gravierenden Abbau demokratischer Rechte kommen wird. Reaktionäre Tendenzen sind unübersehbar. Sie könnten bei der vorhandenen Bewusstseinslage Massenwirksamkeit erhalten.

Dagegen gilt es, Widerstand zu organisieren.

Möglich ist es aber auch mehr als in den vergangenen Jahren über eine alternative Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, zu diskutieren.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten stehen nicht allein. Wir sind Teil der weltweiten kommunistischen Bewegung, wir arbeiten mit kommunistischen Parteien in Europa zusammen, wir sind als Beobachter in der Europäischen Linken.

Aus dieser internationalen Arbeit ziehen wir nicht nur viel Wissen, sondern auch Kraft.

Und wir sind auch in unserem Land nicht allein.

In und mit vielen Bewegungen leisten wir Widerstand: mit antifaschistischen Initiativen und Organisationen, mit Friedens- und antimilitaristischen Bündnissen, noch wenig entwickelt und ausbaufähig ist unsere Arbeit in Umweltbewegungen und für das Abschalten der Atommeiler Brokdorf, Krümmel und Brunsbüttel. Unterstützen wir die Bewegung der SchülerInnen und Studierenden. Selbstverständlich sollte für Kommunistinnen und Kommunisten die Mitgliedschaft und Mitarbeit in Gewerkschaften sein.

Nutzen wir als Grundlage unser Landespolitisches Forderungsprogramm, das, so unser Vorschlag, nach Diskussion in den Gruppen noch einmal überarbeitet und aktualisiert werden soll.

Denn auch ein Jahr nach der Landtagswahl heißt es:

- Für einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein
- Außerparlamentarischen Druck verstärken!